

Kraauer Zeitung.

Nr. 109.

Dinstag den 15. Mai

1866.

Die „Kraauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahm der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementen-Preis für Kraau 3 fl., mit Verbindung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mtr., einzige Nummern 5 Mtr.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amstplatte für die vierseitige Petzzeile 5 Mtr., im Anzeigeklatt für die erste Ein- rückung 5 Mtr., für jede weitere 3 Mtr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mtr. — Insertat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Redaktion, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

Amtlicher Theil.

Erlaß des K. K. Finanzministeriums vom 25. April 1866, 3. 18840.

Gültig für das ganze Reich. Ueber die Bemessung und Entrichtung der Gebühr von den Versicherungsverträgen.

Auf Grund der mit der Altherkösten Entschließung vom 20. April 1866 erhaltenen Ermächtigung findet das Finanzministerium zu verordnen wie folgt:

S. 1. Es wird den Versicherungsgeellschaften gestattet, statt der in der Tarifpost 57 F des Gesetzes vom 13. December 1862 für die Versicherungsverträge bestimmten, mit Rücksicht auf die Dauer der Versicherung nach §. 16 der Geseze vom 9. Februar und 2. August 1850 zu berechnenden Gebühr, von den künftig abzuschließenden Versicherungsverträgen eine Gebühr dergestalt zu entrichten, daß von allen auf Grund dieser Verträge entrichteten Prämienzahlungen ohne Rücksicht auf die Dauer derselben, in dem Maße und nach dem Zeitpunkte als sie eintreffen, die Gebühr nach Scala II zu berichtigten ist.

S. 2. Bei den wechselseitigen Versicherungsanstalten und bei den Frachtversicherungen ist die im §. 1 erwähnte Gebühr nach der Gesamtsumme der monatlich auf die im §. 1 bemerkten Verträge einzuholen. Prämien, bei anderen Versicherungsanstalten aber von jeder einzelnen Prämienzahlung abgesondert zu bemessen.

S. 3. Die Entrichtung dieser Gebühren hat monatlich nachzusein unmittelbar zu erfolgen.

S. 4. Durch die vorerwähnten Vertragsgebühren hat das Recht des Staatschafes auf die von den Anstalten zu entrichtenden Gebühren für Empfangsbestätigungen keine Aenderung zu erleiden und es ist die Gebühr für diese Empfangsbestätigungen neben der Gebühr für die Versicherungsverträge zu entrichten.

S. 5. Die in der gegenwärtigen Verordnung bestimmte Art der Bemessung und Entrichtung der Gebühr für die Versicherungsverträge hat nur bei jenen Gesellschaften Anwendung zu finden, welche hierum ausdrücklich bei der Finanzlandesbehörde anzuchen, und es bleibt den letzteren die Bestimmung des Zeitpunktes überlassen, mit welchem bei jeder Gesellschaft die neue Bemessungsart in Wirklichkeit zu treten hat.

S. 6. Gesellschaften, welche ihre Behandlung nach den Bestimmungen dieser Verordnung erwirkt haben, sind nicht berechtigt, hievon wieder abzugehen und die Rückkehr zu den früheren Bemessungsbestimmungen zu verlangen.

S. 7. Die Gesellschaften, welche auf die Behandlung nach der gegenwärtigen Verordnung Anspruch machen, haben ein besonderes Journal über alle Prämienzahlungen von solchen Verträgen, auf welche diese Verordnung Anwendung findet (§. 1), zu führen, hiernach die Vertragsgebühren zu bemessen, monatlich abzuführen und in derselben Frist den Finanzbehörden die vollständigen Ausweise vorzulegen.

Überhaupt findet auf diese Journale und die denselben zu Grunde liegenden Urkunden der §. 12 des Gesetzes vom 13. December 1862 volle Anwendung.

S. 8. Diese Verordnung hat sogleich in Wirklichkeit zu treten.

einer anderen Version sichert Frankreich seine Neutralität zu, gegen nicht weniger als Abtreten Benedix an Italien, Abtreten Galiziens an einen neuen aus Galizien, dem Polen'schen und einem großen Theil Kohlenbeckens für 90 Millionen Thaler, schreibt die Polens zu bildenden Staat; dafür könne Oesterreich nach Belieben sich an preußischem Territorium schadlos halten. Es ist überflüssig zu bemerken, daß die Gerüchte über Verständigung des Saarbrücker von einer beabsichtigten Anleihe von 200 Millionen, die für ein Kriegsjahr ausreichen dürften. Die Landwehr ersten Aufgebotes wird vollständig mobilisiert, diese Gerüchte auf müßigen Erfindungen beruhen. „La France“ versichert auf Grund von Mittheilungen, welche ihm zugekommen seien, daß Oesterreich in den allerbestimtesten Ausdrücken jeden Gedanken an einen Verkauf Veneziens an Italien zurückgewiesen habe. Hingegen betrachte es den Austausch Veneziens gegen Schlesien als eine Frage, welche einer Erwähnung unterzogen werden können. Die Ausführung dieses Projectes sei aber, bemerkt „La France“, Bedingungen unterworfen, welche dasselbe äußerst schwierig machen würden; diese Bedingungen bezügen sich auf Italien und auf die Erweiterung der weltlichen Souveränität des Papstes.

Die Reaction gegen die kriegerische Stimmung der preußischen Regierungskreise ist im Zunehmen.

Namentlich dem Pfalzburger am Rhein, der zunächst zum Handelskame, wird es schwül und der Kölner Klingel stößt förmliche Angststrafe aus. Die „K. B.“ bellagt, daß seit 1815 ein Geschlecht in Preußen herauwuchs, welches den Krieg nur vom Hörensagen und aus der Ferne kennt, und durch den aufgebauten Wohlstand übermäßig gemacht, einen förmlichen Kriegskessel entpufft. Sie tadeln dies in den schärfsten Ausdrücken und nennen es Thorheit, sich einzubilden, daß ein tausendjähriges Reich wie Oesterreich durch ein paar Feldzüge vernichtet oder für immer unter die Herrschaft des weit kleineren Preußen gebracht werden.

Ein solcher Sieg sei nicht zu erwarten, und wäre er den preußischen Waffen dennoch beschieden, so könnte man gewiß sein, daß die fremden Mächte herbeieilen und Preußen um die Früchte eines solchen Sieges bringen würden.

Seit Napoleon in Auerre gesprochen, schließt die „K. B.“, muß es auch dem Gedankenlosten wie Schuppen von den Augen fallen, was die wahrscheinliche, um unbedingte Neutralität verlangt wird. In den Regierungskreisen venitiat man die Frage der Annexion Hannovers und der sofortigen Proclamirung der Deutschen und seine Beraubung durch den französischen Feind. Selbst in Berlin werden ähnliche Stimmen laut.

Die „K. B.“ schließt ihren Leitartikel „In der zwölften Stunde“ mit den Worten: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“ Das gilt doch gemäß auch für die auswärtige Politik. Und wohin hat uns die Politik des Grafen Bismarck geführt? Deutschland gewährt uns in diesem Augenblick ein Schauspiel, das es noch niemals dargeboten hat. Ganz Deutschland rüstet und nirgends hat Preußen einen Verbündeten. Selbst die mecklenburgische Regierung läßt eifrig gegen das Ministerium Bismarcks schreiben und Hannovers Hal tung, das ganz in der preußischen Machtphäre liegt, ist so bedenklich, daß deshalb die Verstärkung der preußischen Rüstungen, die Mobilmachung der ganzen Armee mit Einführung der Landwehr erfolgt ist. Auswärts haben wir in diesem Augenblick einen Verbündeten: Italien, obgleich in Italien Volk und Regierung sich dem allgemeinen Urtheile über das Ministerium Bismarck vollkommen anschließen. Nun erhaltet heute von allen Ecken Europas eine wunderbare Mähr, nämlich: daß der habsburgische Stolz erlahmt sei, daß Oesterreich verhandle über den Verkauf Veneziens. Unser Ministerium hat die österreichische und alle deutschen Regierungen so gereizt, daß der Haß gegen die Bismarcksche Politik stärker scheint, als alle sonstigen Rücksichten. Die Partei unseres Ministeriums war in Preußen immer nur klein; jetzt hat sich der Alters-Präsident dieser Partei, Herr v. Gerlach, gegen das Ministerium ausgesprochen. Sollte unter diesen Umständen nicht — Doch wer aus einem Schluss ziehen kann, für den sind sie nicht geschrieben.

Die „Nat.-Btg.“ bedauert die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses. Ein Krieg gegen Oesterreich sei ohne Eininstimmung des preußischen Volkes und seiner Vertreter selbst dann nicht möglich, wenn Victor Emanuel und Garibaldi zur Deckung herbeieilen. Ohne Hebung des inneren Consistens vermöge Preußen nimmermehr einer von Österreich geführten Coalition deutscher Bundesstaaten verfüht. Die „Nat.-Btg.“ bedauert die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses. Ein Krieg gegen Oesterreich sei ohne Eininstimmung des preußischen Volkes und seiner Vertreter selbst dann nicht möglich, wenn Victor Emanuel und Garibaldi zur Deckung herbeieilen. Ohne Hebung des inneren Consistens vermöge Preußen nimmermehr einer von Österreich geführten Coalition deutscher Bundesstaaten verfüht. Die „Nat.-Btg.“ bedauert die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses. Ein Krieg gegen Oesterreich sei ohne Eininstimmung des preußischen Volkes und seiner Vertreter selbst dann nicht möglich, wenn Victor Emanuel und Garibaldi zur Deckung herbeieilen. Ohne Hebung des inneren Consistens vermöge Preußen nimmermehr einer von Österreich geführten Coalition deutscher Bundesstaaten verfüht.

Die „Nat.-Btg.“ meint, die Situation habe sich relativ gebessert und Frankreich sei dem von Russland und England unternommenen Versuche eines Kongresses nicht mehr abgeneigt. (??) Überhaupt circulieren viele aber unglaubliche Friedensnachrichten. Neben der Mission des Grafen Müllner werden jetzt die abenteuerlichsten Gerüchte colportirt. Der Graf soll den Vorschlag nach Wien gebracht haben, daß Oesterreich sich den neuen Feind — Italien durch Abtreitung Veneziens vom Halse schaffe, dafür solle es nichts und des bisherigen Regierungssystems verlassen, ihm gestattet sein, sich Schlesien — zu erobern. Nachgen, weil ein so geschwächter und an solchen Uebeln

leidender Staat weder Krieg, noch bewaffnete Unterhandlungen zu seinem Vortheil führen könne.

Die Gerüchte über Verständigung des Saarbrücker von einer beabsichtigten Anleihe von 200 Millionen, die für ein Kriegsjahr ausreichen dürften. Die Landwehr ersten Aufgebotes wird vollständig mobilisiert, wodurch die Bataillons auf 800 Mann gebracht werden. Sie soll die Festungen besiegen. Die Bundesstädte, erhalten sich und spricht man zu bringen.

Zufolge directer Nachrichten aus Kopenhagen hat die dänische Regierung den Befehl ertheilt, die Kriegsflotte auszurüsten, insbesondere das Material in Stand zu setzen. Und somit rüstet jetzt so ziemlich der ganze europäische Kontinent.

Nach Berichten aus Kopenhagen, 13. d. bezieht Italien von dort zahlreiche dänische Pferde.

Die „Itali.“ meldet, daß am 8. d. M. zahlreiche Depeschen zwischen der englischen Gesandtschaft in Florenz und dem Foreign-Office in London gewechselt wurden.

Ein Triester Correspondent der „Debatte“ meldet

in einem Schreiben vom 11. d., daß das italienische Geschwader des Contre-Admirals Vacca die Bucht von Tarant verlassen und im Adriatischen Meere eine Aufstellung zwischen Ancona und der dalmatinischen Insel Grossa eingenommen hat, wodurch sie den ganzen Golf von Triest absperrt. Venezia

Triest, Pola und Istrien bedroht.

Die Isola Grossa bildet die äußerste Linie des dalmatinischen Archipels, gegenüber der Hauptstadt Zara, hat gute Häfen und

dürfte von den Italienern alles versucht werden, um in ihren Besitz zu gelangen und sich dadurch in unserer nächsten Nähe à cheval des Adriatischen Meeres zu setzen und auch an der Ostküste desselben einen

Bodenplatz und Stützpunkt zu haben. Hinter diesem ersten Treffen der italienischen Flotte kann das

Gros derselben unter dem Admiral Persano ganz Dalmatien bedrohen.

Die Neutralität des Heiligen Stuhles wird bereits verletzt. Wie man der „Gaz. di Venezia“ aus Rom vom 5. d. schreibt, soll bei dem Transport der italienischen Soldaten aus dem Neapolitanischen nach Nord-Italien die römische Eisenbahn benutzt

worden sein. Die Truppen passirten Rom, ohne daß selbst anzuhalten und ohne auf dem römischen Gebiet aus den Waggons zu steigen. Ihre Waffen waren in Kisten verpackt und ein Detachement der französischen Garnison war in Rom aus dem Bahnhof aufgestellt, um das Aussteigen der Italiener und anderweitige die Neutralität des Heil. Stuhles verhindern.

Nach Berichten aus Berlin vom 14. Mai wurde nach Hannover eine Sommation abgesendet, worin

unbedingte Neutralität verlangt wird. In den Regierungskreisen venitiat man die Frage der Annexion Hannovers und der sofortigen Proclamirung der 1849er Reichsverfassung.

Nach Berichten aus Berlin vom 14. Mai wurde nach Hannover eine Sommation abgesendet, worin

unbedingte Neutralität verlangt wird. In den Regierungskreisen venitiat man die Frage der Annexion Hannovers und der sofortigen Proclamirung der 1849er Reichsverfassung.

Die zweite Conferenz der Minister aus den Mittel- und Kleinstaaten sollte gestern, am 14., in Bamberg stattfinden.

Wie erwähnt, sollen in den nächsten Tagen am Bunde folgende Anträge gestellt werden: Mobilisierung der Bundesarmee; Aufforderung an Preußen, seine

Truppen aus den Bundesfestungen Mainz und Kastadt zurückzuziehen; ebenso an Oesterreich, welches bereits

seine Bereitwilligkeit hiezu kundgegeben haben soll.

Die Befreiung werde durch Bundesstreitkräfte erfolgen.

Hiermit übereinstimmend wird aus Karlsruhe gemeldet: Der preußische Bezugungstheil von Kastadt steht in Marschbereitschaft; schon in der Nacht vom 11. d. wurde der Abzug erwartet; es erfolgte jedoch nur der

Transport einer ganz geringen Truppenzahl. Man erwartet, daß die Truppen beider Großmächte Kastadt

räumen und daß entweder ein gemischter Heerkörper vom 8. Armeecorps oder ausschließlich badische Truppen die Festung besetzen.

Dem „Fremdenblatt“ schreibt man aus Frankfurt: Ein Antrag von Bayern, Baden und Württemberg auf Mobilisierung der Bundescontingente unterbleibt, weil die meisten anderen Regierungen

auch ohne Bundesbeschluß mobil zu machen entschlossen sind. Darmstadt hat schon die Ordre dagu erlassen und Kurhessen soll nun auch endlich entschlossen sein seine Division feldgerecht zu machen.

Bayern, schreibt man der „A. A. B.“ aus München, bezweckt mit der Mobilmachung noch durchaus

eine active Parteinahe für die eine oder die andere

Großmacht. Nur gegen den wirklichen Friedenbrecher

dürfte der Bundeskrieg erklärt werden. Ruhiges und

entschiedenes Festhalten am Art. 11 der Bundesakte,

welche streitenden Bundesgliedern die Selbsthilfe ver-

bietet und diese an ihr natürliches Schiedsgericht ver-

weist, wird sicher fernerhin Bayerns Politik bleiben.

Unter diesen Umständen nicht — Doch wer aus

einem Schluss ziehen kann, für den sind sie nicht ge-

schrieben.

Die „Nat.-Btg.“ bedauert die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses. Ein Krieg gegen Oesterreich sei ohne Eininstimmung des preußischen Volkes und seiner Vertreter selbst dann nicht möglich, wenn Victor Emanuel und Garibaldi zur Deckung herbeieilen. Ohne Hebung des inneren Consistens vermöge Preußen nimmermehr einer von Österreich geführten Coalition deutscher Bundesstaaten verfüht.

Die „Nat.-Btg.“ bedauert die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses. Ein Krieg gegen Oesterreich sei ohne Eininstimmung des preußischen Volkes und seiner Vertreter selbst dann nicht möglich, wenn Victor Emanuel und Garibaldi zur Deckung herbeieilen. Ohne Hebung des inneren Consistens vermöge Preußen nimmermehr einer von Österreich geführten Coalition deutscher Bundesstaaten verfüht.

Die „Nat.-Btg.“ bedauert die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses. Ein Krieg gegen Oesterreich sei ohne Eininstimmung des preußischen Volkes und seiner Vertreter selbst dann nicht möglich, wenn Victor Emanuel und Garibaldi zur Deckung herbeieilen. Ohne Hebung des inneren Consistens vermöge Preußen nimmermehr einer von Österreich geführten Coalition deutscher Bundesstaaten verfüht.

Die „Nat.-Btg.“ bedauert die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses. Ein Krieg gegen Oesterreich sei ohne Eininstimmung des preußischen Volkes und seiner Vertreter selbst dann nicht möglich, wenn Victor Emanuel und Garibaldi zur Deckung herbeieilen. Ohne Hebung des inneren Consistens vermöge Preußen nimmermehr einer von Österreich geführten Coalition deutscher Bundesstaaten verfüht.

Die „Nat.-Btg.“ bedauert die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses. Ein Krieg gegen Oesterreich sei ohne Eininstimmung des preußischen Volkes und seiner Vertreter selbst dann nicht möglich, wenn Victor Emanuel und Garibaldi zur Deckung herbeieilen. Ohne Hebung des inneren Consistens vermöge Preußen nimmermehr einer von Österreich geführten Coalition deutscher Bundesstaaten verfüht.

Die „Nat.-Btg.“ bedauert die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses. Ein Krieg gegen Oesterreich sei ohne Eininstimmung des preußischen Volkes und seiner Vertreter selbst dann nicht möglich, wenn Victor Emanuel und Garibaldi zur Deckung herbeieilen. Ohne Hebung des inneren Consistens vermöge Preußen nimmermehr einer von Österreich geführten Coalition deutscher Bundesstaaten verfüht.

Die „Nat.-Btg.“ bedauert die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses. Ein Krieg gegen Oesterreich sei ohne Eininstimmung des preußischen Volkes und seiner Vertreter selbst dann nicht möglich, wenn Victor Emanuel und Garibaldi zur Deckung herbeieilen. Ohne Hebung des inneren Consistens vermöge Preußen nimmermehr einer von Österreich geführten Coalition deutscher Bundesstaaten verfüht.

Die „Nat.-Btg.“ bedauert die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses. Ein Krieg gegen Oesterreich sei ohne Eininstimmung des preußischen Volkes und seiner Vertreter selbst dann nicht möglich, wenn Victor Emanuel und Garibaldi zur Deckung herbeieilen. Ohne Hebung des inneren Consistens vermöge Preußen nimmermehr einer von Österreich geführten Coalition deutscher Bundesstaaten verfüht.

Die „Nat.-Btg.“ bedauert die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses. Ein Krieg gegen Oesterreich sei ohne Eininstimmung des preußischen Volkes und seiner Vertreter selbst dann nicht möglich, wenn Victor Emanuel und Garibaldi zur Deckung herbeieilen. Ohne Hebung des inneren Consistens vermöge Preußen nimmermehr einer von Österreich geführten Coalition deutscher Bundesstaaten verfüht.

Die „Nat.-Btg.“ bedauert die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses. Ein Krieg gegen Oesterreich sei ohne Eininstimmung des preußischen Volkes und seiner Vertreter selbst dann nicht möglich, wenn Victor Emanuel und Garibaldi zur Deckung herbeieilen. Ohne Hebung des inneren Consistens vermöge Preußen nimmermehr einer von Österreich geführten Coalition deutscher Bundesstaaten verfüht.

Die „Nat.-Btg.“ bedauert die Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses. Ein Krieg gegen Oesterreich sei ohne Eininstimmung des preußischen Volkes und seiner Vertreter

eine Cabinetsmodifikation bevor. Herr de Aguilar soll zum Conseil-présidenten außersehen sein.

Von dem unionistischen Gesandten in Paris sind Schritte geschehen, um dem Blutvergießen in Mexico Einhalt zu thun. Derselbe macht jüngst, wie er an Seward berichtet, den französischen Minister des Auswärtigen darauf aufmerksam, daß dieses Ziel wenigstens für jetzt vielleicht zu erreichen wäre, wenn den Juaristen die Versicherung gegeben werden könnte, daß die Franzosen sich zurückziehen werden. Drouyn de Lhuys erwähnte darauf, daß die Beendigung des Mordens allerdings sehr zu wünschen wäre, daß Frankreich aber keine Verbindung mit Juarez habe, um ihm darauf bezügliche Mittheilungen zu machen; worauf Bigelow bemerkte, daß dies durch Unterhandlungen geschehen könne, welche die Vereinigten Staaten mit Sennor Romero führen würden. Drouyn de Lhuys versprach, den Vorschlag dem Kaiser mitzuteilen.

Nach einer von dem ersten Generaladjutanten Sr. Majestät, FML Grafen Grenville an den Fürsten Schwarzenberg gelangten Mittheilung wird der Kaiser die Gründung der landwirtschaftlichen Ausstellung im Prater am 17. Mai, 9 Uhr Vormittags, mit seiner Gegenwart beehren.

Prinz Karl, Bruder des Großherzogs von Baden, wird, wie das „Frdbl.“ hört, wieder in den aktiven Dienst bei der Südarmee treten.

In Folge einer telegraphischen Verfassung wird der kais. Gesandte am bayerischen Hofe, Graf Bloom, dah dieselben einem Lande angehören, mit welchem Österreich im Kriege ist, von österreichischen Kriegsfahrzeugen zur See nicht aufgebracht, noch von österreichischen Prisengerichten als gute Prise erklärt werden können, wenn die feindliche Macht österreichischen Handelsschiffen gegenüber die Gegenseitigkeit beobachtet. Auf Handelsschiffe, welche Kriegscontrebande führen oder rechtswidrige Blocaden brechen, findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Auf die Aeußerung der „Nar. Listy“, daß ein außerösterreichisches Interesse in der gegenwärtigen Krise den Ausschlag geben könnte, antwortet die „W. Abdp.“ wie folgt: „Wir wüssten nicht, was sie zu dieser Besorgniß berechtigen würde. Wird der Krieg wirklich durch jene Ziele hervorgerufen, welche die preußischen Blätter offen als die Ziele Preußens bezeichnen, handelt es sich in der That darum, die Tendenz einer Vergewaltigung Deutschlands von Seite Preußens, einer unberechtigten Machterweiterung des letzteren zurückzuweisen, dem Kriege den Krieg entgegenzusehen: dann ist es nicht ein allgemeines allein, sondern auch ein sehr unmittelbares, nicht ein deutsches nur, sondern auch ein österreichisches Interesse, das Österreich die Waffen in die Hand zwingt. Die „Nar. Listy“ aber möchten wir fragen, ob sie die Nationalität, welche sie vertreten, für besser gesichert seien neben einem centralistischen deutschen Einheits-Staate, der die homogenen Elemente an seinen Gränen der Natur nach an sich ziehen und mit der Heranziehung Böhmens das national-slavische Element dagegen erbarungsvoll verschlingen würde, oder in dem sôderativ organisierten Deutschland, das die Achtung aller berechtigten Individualitäten, die Gleichstellung aller concreten Elemente voraussetzt. — Die Antwort kann nicht schwer fallen.“

Die „Gaz. nar.“ spricht in einem vom „Gaz.“ mit dem Ausdruck voller Billigung reproduzierten Artikel ihre Entrüstung darüber aus, daß jetzt schon, da die europäische Situation noch ungeläufig, da es noch unbekannt, auf welche Seite Russland sich neige, polnische Generalitätsaspiranten der italienischen Regierung die Formirung polnischer Legionen angeboten. Noch wisse die italienische Regierung nicht, ob sie dies ohne Preußen und Russland gegen sich aufzubringen gestatten darf und schon streitet man sich, wer anführen soll, Langiewicz oder Bosak? Noch halte Preußen die für 1863 verurtheilten Polen im Kerker, verlaufe ihre Güter und schon wollen Emigranten mittelbar ihm helfen, im Augenblick, da der „Dziennik Poznański“ in Besitz genommen wird, weil er gefürchtet, daß den Polen dort mit der Ausrottung gedroht ist, wenn sie nicht ihrer Nationalität entstagen. Mag übrigens, schließt die „Gaz. nar.“, jeder, der sich im Kriegshandwerk üben oder um Realisierung des italienischen Programms kämpfen will, thun, was ihm gefällig, nur hänge er nicht die nationale Standarte aus. Aber wir Polen sind flichtig dazu verurtheilt, immer und überall uns an die fernliegenden Utopien zu heften, in der Politik den Gefühlen, nicht dem raison d'état nachzugehen, nie auf die Klärung der politischen Situation zu warten, sondern blindlings zu laufen. Die nationalen Erfahrungen der Jahrhunderte sind für uns stets verloren.

—

Landtagsangelegenheiten.

Das vom mährischen Landtage beschlossene Gemindestatut für die Stadt Brünn hat die allerhöchste Sanction nicht erhalten. Man vermutet, daß der Grund dessen lediglich in einer Auferachtlassung jener Bestimmung zu suchen sei, welche sich auf das Recht der Regierung bezieht, den übertragenen Wirkungskreis jederzeit durch eigene Organe besorgen zu lassen. — Ebenso soll das von demselben Landtage beschlossene Gesetz über die Trennung vieler Landgemeinden, welche im Jahre 1849 zusammengelegt waren und gegenwärtig ihre selbstständige Constituirung begehrten, nicht sanctionirt worden sein.

Die Frage der Grundtheilung ist neuerdings wieder von mehreren Bezirksvertretungen Böhmens beantwortet worden. Die Bezirksvertretung von Brandeis hat sich für bedingte Grundtheilung ausgesprochen. Bei der Abstimmung ergab sich Stimmengleichheit und im Obmann, Dr. Johann Palacky, entschied im ge-nannten Sinne. In demselben Sinne äußerte sich die

Bezirksvertretung von Budweis, während sich die Bezirksvertretung von Podiebrad für unbeschränkte Theilung der Grundstücke ausgesprochen hat.

—

Österreichische Monarchie.

Wien, 13. Mai. Se. Majestät der Kaiser kam heute um 8 Uhr Morgens von Schönbrunn nach Wien und empfing die Minister Grafen Mensdorff und Belveder, Ritter v. Frank und den FZM. Ritter v. Benedek. Um zwölf Uhr hatte Prinz Carl von Baden, Oberst beim Windischgrätz-Dragonerregiment, Audienz. Zur Hoffstafel in Schönbrunn waren eingeladen: Prinz Carl von Baden, FZM. Ritter v. Benedek, Ritter v. Frank und die Generale Thun, Hauslab und Hagen.

Nach einer von dem ersten Generaladjutanten Sr. Majestät, FML Grafen Grenville an den Fürsten Schwarzenberg gelangten Mittheilung wird der Kaiser die Gründung der landwirtschaftlichen Ausstellung im Prater am 17. Mai, 9 Uhr Vormittags, mit seiner Gegenwart beehren.

Prinz Karl, Bruder des Großherzogs von Baden, wird, wie das „Frdbl.“ hört, wieder in den aktiven Dienst bei der Südarmee treten.

In Folge einer telegraphischen Verfassung wird der kais. Gesandte am bayerischen Hofe, Graf Bloom, dah dieselben einem Lande angehören, mit welchem Österreich im Kriege ist, von österreichischen Kriegsfahrzeugen zur See nicht aufgebracht, noch von österreichischen Prisengerichten als gute Prise erklärt werden können, wenn die feindliche Macht österreichischen Handelsschiffen gegenüber die Gegenseitigkeit beobachtet. Auf Handelsschiffe, welche Kriegscontrebande führen oder rechtswidrige Blocaden brechen, findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Auf die Aeußerung der „Nar. Listy“, daß ein außerösterreichisches Interesse in der gegenwärtigen Krise den Ausschlag geben könnte, antwortet die „W. Abdp.“ wie folgt: „Wir wüssten nicht, was sie zu dieser Besorgniß berechtigen würde. Wird der Krieg wirklich durch jene Ziele hervorgerufen, welche die preußischen Blätter offen als die Ziele Preußens bezeichnen, handelt es sich in der That darum, die Tendenz einer Vergewaltigung Deutschlands von Seite Preußens, einer unberechtigten Machterweiterung des letzteren zurückzuweisen, dem Kriege den Krieg entgegenzusehen: dann ist es nicht ein allgemeines allein, sondern auch ein sehr unmittelbares, nicht ein deutsches nur, sondern auch ein österreichisches Interesse, das Österreich die Waffen in die Hand zwingt. Die „Nar. Listy“ aber möchten wir fragen, ob sie die

Nationalität, welche sie vertreten, für besser gesichert seien neben einem centralistischen deutschen Einheits-Staate, der die homogenen Elemente an seinen Gränen der Natur nach an sich ziehen und mit der Heranziehung Böhmens das national-slavische Element dagegen erbarungsvoll verschlingen würde, oder in dem sôderativ organisierten Deutschland, das die Achtung aller berechtigten Individualitäten, die Gleichstellung aller concreten Elemente voraussetzt. — Die Antwort kann nicht schwer fallen.“

Die „Gaz. nar.“ spricht in einem vom „Gaz.“ mit dem Ausdruck voller Billigung reproduzierten Artikel ihre Entrüstung darüber aus, daß jetzt schon, da die europäische Situation noch ungeläufig, da es noch unbekannt, auf welche Seite Russland sich neige, polnische Generalitätsaspiranten der italienischen Regierung die Formirung polnischer Legionen angeboten. Noch wisse die italienische Regierung nicht, ob sie dies ohne Preußen und Russland gegen sich aufzubringen gestatten darf und schon streitet man sich, wer anführen soll, Langiewicz oder Bosak? Noch halte Preußen die für 1863 verurtheilten Polen im Kerker, verlaufe ihre Güter und schon wollen Emigranten mittelbar ihm helfen, im Augenblick, da der „Dziennik Poznański“ in Besitz genommen wird, weil er gefürchtet, daß den Polen dort mit der Ausrottung gedroht ist, wenn sie nicht ihrer Nationalität entstagen. Mag übrigens, schließt die „Gaz. nar.“, jeder, der sich im Kriegshandwerk üben oder um Realisierung des italienischen Programms kämpfen will, thun, was ihm gefällig, nur hänge er nicht die nationale Standarte aus. Aber wir Polen sind flichtig dazu verurtheilt, immer und überall uns an die fernliegenden Utopien zu heften, in der Politik den Gefühlen, nicht dem raison d'état nachzugehen, nie auf die Klärung der politischen Situation zu warten, sondern blindlings zu laufen. Die nationalen Erfahrungen der Jahrhunderte sind für uns stets verloren.

Nach Berichten aus Altona bitten die holsteinischen Vereine um eine beschleunigte Einberufung des Landtages und unverzügliche Bildung eines holsteinischen Bundescontingents.

Aus Holstein wird der „A. A. 3.“ geschrieben: Bisher nahm man hier allgemein an, daß bei dem Ausbruch eines Krieges zwischen Österreich und Preußen die Brigade Kalisk als bald Holstein räumen werde. Dies ist jedoch, wie ich aus bester Quelle versichern kann, keineswegs die Absicht. Freilich, so lange man Hannovers nicht sicher war, konnten die Österreicher kaum daran denken, sich an irgend einem Punkte unseres Landes zu halten und mußten darum nur auf einen sicheren Rückzug bedacht sein. Dies hat sich jetzt geändert. Hannover hat die bündigsten Versicherungen in Wien erhoben, daß es, im Fall Preußen zum Kriege schreite, sich auf Österreichs Seite stellen werde. Schon seit Anfang vorigen Monats hat man im Wessenstaat, sich auf alle Eventualitäten vorbereitend, große militärische Vorräte getroffen. Die sehr beträchtliche Erhöhung des Präsenzstandes sämtlicher zwanzig Bataillone trifft nun zusammen mit dem am vorigen Donnerstag von hier nach Unsergarn und Böhmen abgegangenen Befehl zur Einziehung der Reserven der Brigade Kalisk, auf deren Ein-

treffen man zu Anfang nächster Woche rechnet. Beim Ausbruch eines Krieges wird sich, wie schon früher in Aussicht genommen, die Brigade Kalisk mit dem hannover'schen Contingent vereinigen.

Aus Hannover, 11. Mai, wird geschrieben: Herr v. Bennington geht morgen nach Berlin, um sich mit den Ausschuhmitgliedern des Nationalvereins zu besprechen. Daß die Versprechung gerade in Berlin vor sich geht, wird von den Mittelstaatlichen als bedeutsam bezeichnet. Auf hiesigem Bahnhof wurde ein von Altona aus als verdächtig signalisierter angeblicher Handlungsgemeinschaft festgenommen; bei der Visitation fanden die Polizeioffizienten auf seinem Rücken, und zwar unter dem Hemde, einen scharfgeschlagenen sechsläufigen Revolver, der mittelst eines Riemens zwischen den Schulterblättern befestigt war. Auch einiger Vorwahl Munition wurde im Besitz dieses Fremden gefunden.

In der Sitzung der badischen zweiten Kammer vom 11. d. brachte der Präsident des Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig einen außerordentlichen Credit von 1.070.800 fl. zu Kriegsrüstungen in Anspruch.

Wie man aus Stuttgart, 11. Mai berichtet, wird Königin Olga die Rückreise von Petersburg, die am 17. Mai antreten will, nicht über Berlin, sondern über Wien machen.

Der Vorstand des im Jahre 1862 in Weimar gegründeten deutschen Abgeordnetentages hat die Mitglieder zu einer Versammlung auf den 20. Mai in Frankfurt eingeladen. Zur Theilnahme sind die gegenwärtigen und gewesenen Mitglieder der deutschen Volksvertretungen sämtlicher deutscher Bundesländer berechtigt, welche die Einigung und freiheitliche Entwicklung Deutschlands anstreben.

Aus Berlin wird geschrieben: Prinz Ludwig von Hessen, welcher in vertraulichem Auftrag von Darmstadt hier eingetroffen war, ist wieder abgereist, ohne vom König empfangen worden zu sein. Der Kronprinz, des Prinzen Schwager, bemerkte ihm, gewissermaßen zur Entschuldigung, daß es ihm selber seit Wochen nicht besser gehe.

Die Berliner „Mont.-Blg.“ schreibt: In den letzten Tagen fand ein sehr lebhafte diplomatischer Verkehr zwischen den Cabineten von Berlin und Petersburg statt, über dessen mutmaßliche Bedeutung sich die Auffassungen in Hof und in diplomatischen Kreisen entschieden gegenüber standen. Am Hofe wollte man von einem Angebot aus Petersburg wissen, die russische Heeresmacht mit Preußen zu alliiieren, falls das Petersburger Cabinet die Überzeugung gewonne, daß erneute Versuche Preußens zu friedlicher Lösung vergeblich waren. Die Diplomaten dagegen behaupten, Russland nehme die Partei der verwandten Hölle in Darmstadt und Stuttgart. Die badische Regierung nimmt, wie man uns versichert, in den jetzigen Wirren eine vermittelnde Stellung ein, von welcher sich die Friedenspartei, wie klein sie auch numerisch sein mag, Erfolg verspricht. Es hängt damit die vor wenigen Tagen erfolgte Reise des Prinzen Carl von Baden (Bruder des Großherzogs) nach Wien zusammen. Mit Aufgebot aller Kräfte wird jetzt in den preußischen Militärwerkräften und Fabriken gearbeitet. Auch der nunmehr ins Leben tretende Verwaltungssapparat, der sich auf die Beförderung, Unterbringung und Verpflegung der großen Truppenmassen bezieht und nach allen Richtungen hin gestaut, dessen „civilisatorischer Verlust“ noch hundert Jahre nach dem räuberischen Uebertal im Andenken unseres Volkes lebt, das ihm selbst in seiner Poesie eine Strophe widmete, die bezeichnend genug lautet: „Zle matičko zle, Brandenburci zde“. Eine zweite ähnliche Schmach dürfte die Nation kaum über ergehen lassen, und wir wünschen nur, daß die Regierung ihre Initiative nicht bis zu jenem Zeitpunkte vertage, der irgend welche Verlegenheiten des Staates verzeichnen wird. Preußen und Italien fragen weder nach Vereinstatuten, noch warten sie den Einfall der österreichischen Armee ab. Beide Staaten wissen, welche Kraft in der Volksverteidigung liegt. Preußen bietet sogar dieses bewaffnete Volksthum gegen uns zur Offensive auf, während wir zuschauen oder von romantischen „schwarzen Jägern“ berichten, deren ähnliche Ausgabe auch im Jahre 1859 noch nicht fertig war, als der Friede unterzeichnet wurde. Caveant consules!

An der „Novara“ wird schon mit allem Eifer gearbeitet, und man hofft, sie in 4 Wochen wieder see-tüchtig und vollständig ausgerüstet zu haben.

Deutschland.

Nach Berichten aus Altona bitten die holsteinischen Vereine um eine beschleunigte Einberufung des Landtages und unverzügliche Bildung eines holsteinischen Bundescontingents.

Aus Holstein wird der „A. A. 3.“ geschrieben: Bisher nahm man hier allgemein an, daß bei dem Ausbruch eines Krieges zwischen Österreich und Preußen die Brigade Kalisk als bald Holstein räumen werde. Dies ist jedoch, wie ich aus bester Quelle versichern kann, keineswegs die Absicht. Freilich, so lange man Hannovers nicht sicher war, konnten die Österreicher kaum daran denken, sich an irgend einem Punkte unseres Landes zu halten und mußten darum nur auf einen sicheren Rückzug bedacht sein. Dies hat sich jetzt geändert. Hannover hat die bündigsten Versicherungen in Wien erhoben, daß es, im Fall Preußen zum Kriege schreite, sich auf Österreichs Seite stellen werde. Schon seit Anfang vorigen Monats hat man im Wessenstaat, sich auf alle Eventualitäten vorbereitend, große militärische Vorräte getroffen. Die sehr beträchtliche Erhöhung des Präsenzstandes sämtlicher zwanzig Bataillone trifft nun zusammen mit dem am vorigen Donnerstag von hier nach Unsergarn und Böhmen abgegangenen Befehl zur Einziehung der Reserven der Brigade Kalisk, auf deren Ein-

Zum Attentate auf Bismarck wird noch nachträglich berichtet: Als auf der Post in Berlin das Attentat gegen den Grafen Bismarck und der Name des Thäters bekannt wurde, entzog sich ein Postbeamter, daß an demselben Tage ein dicker Brief an „Carl Blind in London; recommandiert“ zur Post gegeben und bereits abgegangen war. Der Beamte machte hiervon seinem Vorgesetzten Anzeige, welcher wieder dem Staatsanwalt Mithilfe machte und wurde der Brief per Telegraph angehalten. Es ist ein sehr umfangreiches Schriftstück und enthält das Testament des Cohen Blind. Der Sohntheil darin seinem Vater seinen unumstößlichen Entschluß mit, den Grafen Bismarck zu erschießen, da er ihn für den ärtesten Feind der Freiheit Deutschlands halte. Er gesteht seinem Vater weitläufig ausseiner, daß die That dringend nothwendig sei, um Deutschland zu retten und einzig zu machen, da sie den Herrschern Deutschlands Furcht einflößen und dieselben dahin bringen werde, ebenso wie Louis Napoleon zu handeln, der ja auch nach dem Orsini'schen Attentat Italien frei und einig gemacht habe. Blind gestand seinem Vater, daß er den Entschluß allein gefaßt und daß er keine Genossen habe. Höchst wahrscheinlich sei es, daß er bei der Ausführung der That sein Leben verlieren, jedenfalls sei er auf Alles gefaßt und wolle daher hie mit seinem Testament machen. Seinem Vatertheil er darauf mit, daß er verschiedene Werthpapiere besitze, wo sich dieselben befinden, und setzt seine Schwester zur Universal-Erbin seines Vermögens ein. Der ganze umfangreiche Brief enthält dieselbe kalte Entschlossenheit, die Blind bei der Ausführung des Attentats und bei seinem Selbstmorde gezeigt hat. Er war unzweifelhaft ein politischer Schwärmer. Blind, welcher das Attentat auf Bismarck verübt, hat mehrere Jahre in England gelebt, wo er sich eine große Freiheit in England erworben, und schließlich angeeignet und bei einem Schauspiel der Freiwilligen im Wimbeldon sogar einen Preis davon getragen hat. Die letzten zwei Jahre studirte er in Hohenheim. Vor Kurzem erst hatte er nach London geschrieben, daß er zum Besuch nach England kommen wolle, und die unglückliche Mutter erwartete ihren Sohn, als sie statt seiner die Nachricht von dessen That und Ende erhielt. Seit dem Tage des an dem Ministerpräsidenten verübten Attentats befindet sich auf den ausdrücklichen Wunsch des Königs vor dessen Hotel eine Polizeiwache.

Die Theilnahme der Berliner Bevölkerung für den so merkmäldig errichteten Premierminister war, wenn einer Berliner Correspondenz des „Frank. Journals“ Glauben zu schenken, nicht sehr groß. Die Entrepreneurs der „Ovation“, schreibt der Correspondent des Journals, spekulierten auf die bekannte Berliner Neugierde, aber selbst diese blieb aus. Um 1/2 Uhr Abends waren vor dem Ministerhotel noch nicht so viel Menschen versammelt, wie sonst, daß erneute Versuche Preußens zu friedlicher Lösung vergeblich waren. Die Diplomaten dagegen beobachteten, daß die Menge der vor dem Ministerkabinett kamen alle Augenblick an die Fenster, um das Volk zu zählen — es hatte etwas Mitleiderregendes. Man verschob das Ständchen von 1/2 bis 9 Uhr, und als nun die Militärmusik mit der patriotischen Vereinigung antrug, füllten sie mit den aus den angrenzenden Prinzen- und Ministerhotels herbeigekommenen und den Spaziergängern vom Wilhelmplatz Alles in Allem genommen noch nicht einmal die Straße vor dem Ministerhotel aus.

Frankreich.

Paris, 11. Mai. Das „Mem. dipl.“ meldet, daß die in Paris befindliche rumänische Deputation sich anschickt nach Düsseldorf zu gehen, um dem Prinzen zu Hohenzollern die rumänische Krone anzubieten. — Es ist noch immer die Rede von einem Umsturz der inneren Politik. Die Auflösung der Kammer findet fortwährend einflußreiche Vertheidiger, die ihr Hauptquartier in dem Bureau der „Patrie“ aufgeschlagen. Es würde in diesem Falle ein neues Cabinet gebildet werden, in welchem, wie man annimmt, Persigny das Staatsministerium, Fleury das Portefeuille des Krieges und Creym das der Finanzen erhalten würde. — Die Stimmung in Paris ist heute etwas ruhiger und die Einberufung der preußischen Kammer gibt der Ansicht die Oberhand, daß die preußische Regierung nicht sofort angreifend vorgehen wolle, daß sich die Sache in die Länge ziehen werde und die Thür zu neuen friedlichen Unterhandlungen geöffnet bleibe. Was Italien anbelangt, so geht das Gerücht, daß zwischen Frankreich und Österreich in Betreff Veneziens ein diplomatisches Einverständnis erzielt worden sei; auch die „France“ stellt heute ebenfalls eine solche Wendung der Dinge in Aussicht. Die Abstimmung in Frankfurt sowohl, als auch das preußische Decret Betreffs der Kammer werden übrigens von fast allen Blättern in einem friedlichen Sinne gedeutet. Das „Memorial dipl.“ sieht die Lage der Dinge auch ziemlich friedlich an. — Der Graf von Glandern ist in Paris angelkommen.

Dänemark.

Die zur Ebbregulirung des nachgelassenen Privatvermögens Königs Friedrich VII. erwählte Commission (Statsrat Liebre, Kammerherr Simoni und Conferenzrat Wege) wird noch lange zu thun haben, bevor sie das Ziel ihrer Aufgabe erreicht hat. Man kann jedoch jetzt schon annehmen, daß das der Grafen Danner zufallende Vermögen circa 5—600.000 Thlr. betragen wird, also nicht so viel als man vor dem erwartet hatte. Die Gräfin Danner, welche sich längere Zeit, in der Schweiz aufgehalten hat, ist augenblicklich in Florenz, wo sie wegen Erkrankung ihrer Gesellschafterin (Gräfin Lütz) an der schon lange beabsichtigten Heimreise verhindert worden ist.

Italien.

Nachrichten aus Italien zufolge haben am 6. d. die Lieferungen an die Mannigfachen auf Kriegsfuß begonnen. Im Umkreise von Bologna soll ein Reservoir errichtet werden, in welchem 200.000 Mann, wohl eine übertriebene Angabe, untergebracht werden sollen. Ein italienischer Corr. der „A. A. 3.“ berichtet unter dem 9. d.: Der vorzüglichste Concentrationspunkt der italienischen Truppen wird Bologna und in zweiter Reihe Modena sein, da man den „Angriff“ der Österreicher vorzüglich auf der Po-Linie erwartet.

Amtsblatt.

Kundmachung. (482. 1)

Grennentniß.

Das f. f. Landesgericht Wien in Straßfachen, erkennt kraft der ihm von Sr. f. f. Apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt über Antrag der f. f. Staatsanwaltschaft, daß der Inhalt der Broschüre „Seelen-Kunde“ von Dr. G. Epp, Mannheim, Buchdruckerei von J. Schneider 1866, den Thatbestand des Vergehens der Beleidigung einer gesetzlich anerkannten Kirche nach § 303 St. G. begründet, und verbietet damit nach § 36 P. G. das Verbot ihrer weiteren Verbreitung.

Bom f. f. Landesgerichte in Straßfachen.

Wien, am 21. April 1866.

Der f. f. Landesgerichts-Präsident:

Boschan m. p.

Der f. f. Rathsscretär:

Thallinger m. p.

Nr. 12052. Kundmachung. (487. 1)

Das Erlöschen der Rinderpest sowie die Gestaltung des freien Viehverkehrs und der Abhaltung der Hornviehmärkte im Stryjer Kreise wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Von der f. f. Stathalterei-Commission.

Krakau, am 4. Mai 1866.

Nr. 12787. Kundmachung. (488. 1)

Nach Eröffnung des f. f. General-Consulats in Warschau vom 6. d. M. herrscht die Rinderpest im Königreich Polen nur noch in 22 Ortschaften des Warschauer Gouvernements und in dem Maierhofe Abramowice im Lubliner Bezirke.

Dieser günstigere Sachenstand veranlaßt die f. f. Stathalterei-Commission den eingestellten Eintrieb von Schafen, Ziegen und Schweinen, sowie die Einfuhr von völlig getrockneten Rinderhäuten, von geschmolzenen und nur in Fässern verpackten Unschlitt, von Schafwolle, Ziegenhaar und Schweinborsten, wenn diese Waare in Säcken verpackt ist, aus Polen nach Galizien gegen obrigkeitlich beglaubigte Certificate, daß die vorgenannten Handelsartikel aus seuchenfreien Orten herstammen, vom 15. d. M. zu gestatten.

Diese Erleichterungen im Verkehre werden zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Krakau, am 11. Mai 1866.

Nr. 2671. Licitations-Ankündigung. (467. 3)

Am 24. Mai 1866 wird bei der f. f. Finanz-Bezirks-Direction in Bochnia die Licitation wegen Verpachtung der Religionsfondsgüte Uszow zustehenden Propinationsgerechtsame auf die Dauer vom 24. Juni 1866 bis dahin 1869 abgehalten werden.

Näheres enthält die in der Nr. 107 enthaltene Ankündigung. Von der f. f. Finanz-Landes-Direction.

Krakau, am 7. Mai 1866.

Nr. 5971. Licitations-Ankündigung. (468. 3)

Am 25. Mai 1866 wird bei der f. f. Finanz-Bezirks-Direction in Neu-Sandez die Licitation wegen Verpachtung der Propinationsgerechtsame auf dem Religionsfondsgüte Muszyna für die Dauer vom 24. Juni 1866 bis dahin 1869 in sieben Sectionen abgehalten werden.

Näheres ist in der Nr. 107 des Amtsblattes enthalten. Krakau, den 9. Mai 1866.

Nr. 6867. Kundmachung. (475. 2)

Am 24. Mai 1866 wird bei der f. f. Finanz-Bezirks-Direction in Wadowice eine öffentliche Licitation zur Verpachtung der Propinationsgerechtsame auf den Tynecker Religionsfondsgütern abgehalten werden.

Näheres enthält die bei den Finanz-Bezirks-Directions dieses Gebietes und dem Wirtschaftsamte Tyneck zur allgemeinen Einsicht offen gehaltene Licitations-Ankündigung.

Die Pachtbedingungen können bei der Finanz-Bezirks-Direction Wadowice, dann bei dem genannten Cameral-Wirtschaftsamte eingesehen werden.

Von der f. f. Finanz-Landes-Direction.

Krakau, den 7. Mai 1866.

L. 4724. Edykt. (479. 1-3)

C. k. Sąd krajowy w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktom pp. Karola Horą, Balbinę Brzezińską, Balbinę z Białobrzeskich Konopką, Maryanne z Makowskich Popławskiego, Annę z Goluchowskich Majewską, Maryanne Ratowską, Nikodemowi Wiśniewskiemu, czyli Wiśniewskiemu, Wiktora Wiśniewskiego, Emilie z Nartowskich Wiśniewskiej, Jana Kantego Nagłowskiego, czyli Nagłowskiego, Katarzynę Kozubską, Pawła Netrebskiego, Franciszka Zelechowskiego, Jana Woznińskiego, Antoniego Janowskiego, Franciszka Spotha i Andrzeja Wojciechowskiego lub spadkobierców onychże, że przeciw nim i masom leżącym Tekli z Białobrzeskich Horowej, Feliksa Brzezińskiego, Maryanne z Białobrzeskich Bobrowskiej, Julii z Makowskich Białobrzeskiej, tudzież z miejsca pobytu niewiadomym: Karolowi Horowemu, Balbinie Brzezińskiej, Balbinie z Białobrzeskich Konopkowej, Maryannie z Makowskich Popławskiej, Annie z Goluchowskich Majewskiej, Maryannie Ratowskiej, Nikodemowi Wiśniewskiemu, czyli Wiśniewskiemu, Wiktoriowi Wiśniewskiemu, Emilie z Nartowskich Wiśniewskiej, Janowi Kantemu Nagłowskemu, czyli Nagłowskemu, Katarzynie Kozubskiej, Pawłowi Netrebskiemu, Franciszku Zelechowskemu, Janowi Woznińskiemu, Antoniemu Janowskiemu, Franciszku Spothowi, Andrzejowi Wojciechowskiemu lub spadkobiercom onychże podobnie niewiadomym, tudzież masom leżącym Tekli z Białobrzeskich Horowej, Feliksa Brzezińskiego, Maryanne z Białobrzeskich Bobrowskiej i Julii z Makowskich Białobrzeskiej — pp. Józef i Stefanii Konopkowej dnia 9 marca 1866 do l. 4724 wniesli pozew o ekstabilację z hipoteki dóbr Mogilany z przyl. Głogoców w obwodzie Wadowickim położonych, sumy 364.217 złp. z większej 484.217 złp. pochodzącej w sta-

nie biernym dóbr Mogilany z przyległy. Głogoców we-
dług dom. 64, pag. 192, n. 21 on. &c. &c. pierwotnie
na rzecz Pawła Białobrzeskiego prenotowaną, wraz
z nadziejarami i atrybutycami, a mianowicie:

- Prawem dożywotniemu użytku, w stanie czynnym rzeczną sumy według dom. 52, pag. 310, n. 38 on. na rzecz Julii z Makowskich Białobrzeskiej intabulowanem, niemniej prawem na témę dożywociu według rel. nov. 129, pag. 134, n. 1 on. dla Maryanny z Makowskich Popławskiej zabezpieczeniem.
- Należytość w kwocie 40.000 złr. według test. nov. 33, pag. 29, n. 1 on. na rzecz Ignacego Majewskiego zaintabulowaną, a następnie według rel. nov. 15, pag. 166, n. 3 on. na Annę z Goluchowskich Majewską przeniesioną i w ilości 20.000 złp. wyrokiem wywalczoną, tudzież manifestacyjną oblig. nov. 25, pag. 42, n. 1 wi-doczną.
- Sumą 1000 duk. z przynależytościami test. nov. 33, pag. 29, n. 3 on. na rzecz Franciszka Zabierzewskiego prenotowaną a ostatecznie według test. nov. 33, pag. 33, n. 12 on. na Maryanne Ratowską przeniesiona.
- Prawem dożywotniemu użytku na mocy zeznania Pawła Białobrzeskiego z dnia 10 sierpnia 1766 według test. nov. 33, pag. 33 n. 13 on. dla Julii Białobrzeskiej intabulowanem.

- Należytość 26.200 złp. według obl. nov. 43, pag. 3, n. 7 on. na rzecz Stanisława Piotrowskiego, a następnie według contr. nov. 64, pag. 418, n. 14 on. na rzecz Mikołaja Wiszniewskiego czyli Wiśniewskiego intabulowanem, niemniej adnotacją pertraktacją spadkowej obok contr. nov. 64, pag. 418, n. 14 on. widoczna.
- Należytość 5000 złp. z procentami pierwotnie w stanie biernym rzeczną sumy 364.217 złp. oblig. nov. 43, pag. 3, n. 9. on. na rzecz Jana Kantego Nagłowskiego czyli Nagłowskiego zabezpieczona, a następnie według dom. 52, pag. 296, n. 32 on. z owej sumy na rzecz tegoż Jana Kantego Nagłowskiego atrybuowana.

- Należytość 4000 złp. z procentami pierwotnie w stanie biernym powyższej sumy 364.217 złp. rel. nov. 23, pag. 173, n. 15 on. na rzecz Katarzyny Kozubskiej zabezpieczoną, a następnie według dom. 52, pag. 296, n. 34 on. z téże sumy atrybuowana.
- Należytość 500 duk. według rel. nov. 23, pag. 173, n. 15 on. dla Pawła Netrebskiego prenotowaną.

- Należytość 6000 złp. z procentami według rel. nov. 23, pag. 174, n. 17 on. dla Franciszka Zelechowskiego prenotowaną.

- Należytość 4600 złp. z procentami według rel. nov. 23, pag. 174, n. 18 on. na rzecz Jana Woznińskiego prenotowaną.

- Należytość 350 duk. z procentami pierwotnie w stanie biernym powyższej sumy 364.217 złp. według rel. nov. 23, pag. 73, n. 27 on. na rzecz Antoniego Janowskiego intabulowaną, a następnie według dom. 52, pag. 311, n. 40 on. dla tegoż Antoniego Janowskiego z owej sumy atrybuowana.

- Należytość 2500 złp. z procentami według dom. 52, pag. 296, n. 31 na rzecz Franciszka Spotha z powyższej sumy 364.217 złp. atrybuowana.

- Należytość 7280 złp. 27 groszy z procentami według dom. 52, pag. 310, n. 37 on. na rzecz Andrzeja Wojciechowskiego z owej sumy 364.217 złp. atrybuowana, w załatwieniu którego to pozwu termin do rozprawy ustnej na dzień 26 czerwca 1866 o godzinie 10 rano w Sądzie tutejszym wyznaczonym zostało.
- Gdy miejsce pobytu pozwanych powyżej wymienionych nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych, również na koszt i niebieszczeństwo ich tut. adw. p. Dra. Rydzowskiego kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicji obowiązującej przeprowadzony będzie.

- Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanych, aby w wyżej oznaczonym czasie albo sami staneli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrali i o tem ces. król. Sądowi krajowemu doniesli, w ogóle zaś, aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym wynikle z zaniedbania skutki sami sobie przypisać musiel.
- Kraków, dnia 10 kwietnia 1866.

L. 6672. Obwieszczenie. (446. 3)

Ces. kr. Sąd obwodowy Tarnowski p. Feliksowi de Morski niniejszym edyktom wiadomo czyni, iż p. Dr. Adam Morawski prośbe o doręczenie temuż uchwały do l. 3277 i ustanowienie kuratora dla tegoż wniosły, w sprawie o zapłacenie sumy wekslowej 5500 złr. z przynależnym.

Ponieważ pobyt zapozwanego p. Feliksa de Morski nie jest wiadomy, przeto przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebieszczeństwo zapozwanego tutejszego p. adw. Dra. Serde z zastępstwem p. adw. Dra. Rosenberga na kuratora, z którym wniesiony spór według ustawy cywilnej dla Galicyi przepisanej przeprowadzony będzie.

Tym edyktom przypomina się zapozwanemu, aby w przeznaczonym czasie albo się sam osobiście stawił, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielili, lub też innego obrońce obrał i tutejszemu Sądowi oznajmił, ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użył, inaczej z jego opóźnienia wynikające skutki sam sobie przypisać musiel.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 23 kwietnia 1866.

L. 2502.

E dykt. (463. 1-3)

C. k. miejsko-delegowany Sąd powiatowy w Rzeszowie ogłasza, że celem zaspokojenia należytości Antoniny Smion jako prawonabywcyni Maryanny Kuśmider w kwocie 271 złr. 20 kr. w. a. z przyn. przeciw Walentemu Jandiszowi wygranej, dozwolona została przyszuwa sprzedział posiadłości włościańskiej spod nr. 21 w Staromieście położonej, dłużnika Walentego Jandisza własnej pod następującymi warunkami:

- Za cenę wywołania stanowią się wartość szacunkowa w kwocie 1998 złr. 79 kr. w. a. z tem postanowieniem, że wyż wymieniona posiadłość w pierwszych trzech terminach niżej ceny szacunkowej sprzedana nie będzie.
- Sprzedział odzieje się w tutejszym Sądzie na dniu 5 czerwca 1866, 19 czerwca 1866 i 6 lipca 1866, zawsze o godzinie 10 rano.
- Cheć kupienia mający winni są złożyć wadyum w kwocie 200 złr. w. a. w gotówce, lub w listach zastawnych galicyjskich według kursu z ostatniego dnia przed licytacją.
- Warunki licytacyjne, tudzież protokół zastawnego opisania i egzekucyjnego oszacowania sprzedział realności majaczej posiadłości w registraturze tutejszo-sądowej przejrzec można.

Rzeszów, dnia 13 kwietnia 1866.

L. 1078. Obwieszczenie. (476. 2-3)

C. k. Sąd powiatowy w Zasowie podaje do po-wszelkiej wiadomości, że dozwolona przeciw Jakubowi Bartkowicz za dług Maryi Bartkowicz 121 złr. 20 kr., 20 kr., 50 kr. i 1 złr. a. w. egzekucyjna sprzedział realności egzekucji nr. 17 w Dąbrówce wiślickiej ogłoszona w gazecie „Krakauer Zeitung“ nr. 49, 30 nie jak ogłoszone zostało, na dniu 15 kwietnia, 18 maja i 22 czerwca 1866, lecz na dniu 18 maja, 22 czerwca i 20 lipca 1866 w Dąbrówce wiślickiej przedsięwzięta zostanie.

Z c. k. Sądu powiatowego.

Zasów, dnia 1 maja 1866.

L. 1078. Obwieszczenie. (476. 2-3)

C. k. Sąd krajowy w Krakowie zawiadamia niniejszym edyktom pp. Jana Bonawentury Zamojskiego, Michała Zamojskiego, Katarzyny z Zamojskich Kunickiej, Maryi z Zamojskich Leśniowskiej, Julianny Zamojskiej, Kunegundy Jędrzejowskiej i Józefa Tadeusza Zamojskiego, iż dla nich p. Floryan Gorczyński kuratorem ustanowiony został, celem wytoczenia sporu przeciw nieobjętej masie spadkowej Jana Topy tudzież przeciw Annie Topinie o zwrot kawałka gruntu dworskiego w Glichowie przez Jana Topę sobie przywłaszczonego.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem wyż wspomnionym kurandom z pobytu niewiadomym, aby ustanowionemu dla nich kuratorowi potrzebne do wytoczenia sporu dokumenta udzielili, lub wreszcie innego obrońce sobie ustanowili i o tem c. k. Sądowi krajowemu doniesli, w ogóle zaś aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym wynikle z zaniedbania skutki sami sobie przypisać musiel.

Kraków, dnia 10 kwietnia 1866.

L. 1858. Edykt. (440. 3)

C. k. Sąd krajowy zawiadamia niniejszym edyktem p. Teresę hr. Bobrowską, że wskutek prośby p. Henryka Hallera, kuratora fundacji s. p. Józefa Antoniego Hallera, c. k. Sąd krajowy wyższy decyzją z dnia 30 grudnia 1865 do l. 18195 dozwolił przedsięwzięcie oględzin sądowych dóbr z przyległościami, a względnie dowód przez biegłych w celu konstatowania grożącego fundacji tej przez pustoszenie tychże dóbr niebieszczeństwa dla substancji pomienionych dóbr.

Gdy miejsce pobytu p. Teresy hr. Bobrowskiej, dożywotniczki powyższych dóbr jest niewiadome, przeto c. k. Sąd krajowy na koszt i niebieszczeństwo nieobjętej tutejszej adw. Dra. Szlachetowskiego kuratorem ją ustanowił, dodając mu na zastępcę p. adw. Dra. Witskiego.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem p. Teresie hr. Bobrowskiej, aby albo sama stanęła, lub też po-

trzecie dokumenta ustanowionemu dla niej zastępcę udzieliła, lub wreszcie innego zastępcę sobie wybrała i o tem c. k. Sądowi krajowemu doniosła, w razie bowiem przeciwnym wynikle z zaniedbania skutki samej sobie przypisać musiel.

Kraków, 20 marca 1866.

—